

## AKTUELL

AUFWANDSENTSCHÄDIGUNG BEI GEMEINDESYNDIKATEN

# Nach oben offen

Richard Graf

**Viele kommunale Aufgaben werden von Syndikaten übernommen. Deren Kontrolle lassen sich einige Gewählte recht stattlich vergüten.**

Auch im Anschluss an die letzten Kommunalwahlen waren so manche Koalitionen auf die Schnelle zu Stande gekommen. Um sich handelseinig zu werden, reichte meist ein kleiner Zettel oder gar ein Bierdeckel: wer führt die Gemeinde, wer wird Schöffe oder Schöffin und wer geht in welches Syndikat? Damit waren dann die „lukrativen“ Posten verteilt, die inhaltlichen Fragen ließen sich in den darauffolgenden Tagen bereden, als die Feierlaune einmal abgeklungen war.

Während die Besoldung der Schöffenratsmitglieder nicht unbedingt berauscht – bei kleinen Landgemeinden werden den Bürgermeister\*innen knapp 10.000 Euro pro Jahr als Entschädigung gewährt – erlaubt es die Mitgliedschaft in den Syndikaten mit weit weniger Zeitaufwand zum Teil an erkleckliche Summen zu gelangen.

An sich sind die Syndikate eine positive Entwicklung: Viele kommunale Aufgaben können rationeller geleistet werden, wenn die Zahl der Nutznießer\*innen der angebotenen Dienstleistungen möglichst hoch ist, so etwa bei der Müllabfuhr. Um die demokratische Kontrolle nicht ganz zu verlieren, werden Syndikate von Komitees „verwaltet“, die aus Vertreter\*innen der unterschiedlichen Gemeinderäte besetzt werden. Diesen steht eine Entschädigung in Form eines „jeton de présence“ zu. Das Komitee bestimmt zudem ein „bureau“, das die Komitee-Sitzungen vorbereitet. Den Büro-Mitgliedern steht teilweise eine jährliche Vergütung zu, die ungeachtet des tatsächlichen Arbeitsaufwands als feste Summe gewährt wird.

Nun ist im Luxemburger Kommunalrecht vieles bis ins kleinste Detail geregelt, aber die Höhe der Entschädigung in solchen Syndikaten nicht. Zwar sollten die Sitzungsgelder begrenzt werden, doch das entsprechende Reglement wurde nie veröffentlicht. Die Entschädigungen der Büro-Mitglieder wären darin ohnehin ausgeklammert gewesen.

Ein Umstand der dieser Tage zu etwas Aufregung im Norden des Landes geführt hat, nachdem bekannt worden war, dass das Komitee des Müll-Syndikats Sidec Anfang November einer fürstlichen Aufstockung der erwähnten Entschädigungen zustimmte. So

soll der Vorsitzende des Syndikats statt bisher 2.220,39 Euro ab nächstem Jahr 16.907,02 Euro pro Jahr erhalten. Seine beiden Stellvertreter jeweils die Hälfte und die fünf „einfachen“ Büro-Mitglieder etwas mehr als ein Drittel dieser Summe. Im Falle des Präsidenten, der hier Claude Haagen heißt und der LSAP entstammt, eine Steigerung um 761 Prozent. Die Vizepräsidenten und einfache Mitglieder erhielten bislang gar keine Entschädigung außer den „jetons“.

## Plus 761 Prozent

Der „député-maire“ aus Diekirch verteidigte die Erhöhung mit dem Argument, das Innenministerium habe den Sidec darauf aufmerksam gemacht, dass andere Syndikate mehr zahlen. Außerdem, so Haagen gegenüber Radio 100,7, seien die Entschädigungen seit der Gründung 1980 nie angepasst worden. Eine kleine Halbwahrheit, die verschweigt, dass es durchaus eine an den Punktwert der Staatsbediensteten angelehnte Anpassung gab.

Was Haagen auch nicht erwähnt, ist die Höhe der Entschädigung, die das vergleichbare Syndikat Sigre, das im Osten des Landes operiert, seinem Präsidenten zahlt – nämlich 11.500 Euro. Das ist auch äußerst stattlich für geschätzt sechs bis sieben Sitzungen im Jahr – aber immer noch um einiges von den neuen Sidec-Zahlungen entfernt.

Viele Gemeindeführer\*innen geben unter der Hand zu, dass sie die Syndikatsentschädigungen gerne annehmen, weil die eigentliche Besoldung als Mitglied des Schöffen- oder Gemeinderats nicht ausreicht, um ihre Arbeit zufriedenstellend leisten zu können. So gibt es einige „cumulards“, die sich über solche Mandate ein Einkommen zusammenklauben, das ihnen tatsächlich erlaubt, ihre politische Tätigkeit quasi vollamtlich auszuüben.

Hier spart der Staat an der falschen Stelle: Wäre die Besoldung der Bürgermeister\*innen und der Schöffen\*innen endlich auf einem Niveau, das der Realität entspricht, könnte die Verwaltung der Syndikate vermehrt auch an jüngere (und verstärkt auch an weibliche) Politiker\*innen abgegeben werden, die sich so ihre Sporen verdienen könnten.

Auch das wäre ein Beitrag zur Erneuerung der Politik von unten. Das müsste einem Vorsitzenden einer langsam dahinsiechenden Altpartei doch eigentlich zu denken geben.

## SHORT NEWS

## Konferenz zu Krieg und Frieden in Syrien

(woxx) – Verstehen, was in Syrien in den vergangenen Jahren passiert ist und wie die Lage jetzt ist – das ist eine der Voraussetzungen, um sich einen Frieden vorstellen und darauf hinwirken zu können. Deshalb haben die Friddens- a Solidaritätsplattform Lëtzebuerg (FSPL) und die ErwuesseBildung Clemens Ronnefeldt eingeladen, am kommenden Montag über dieses Thema zu referieren. Ronnefeldt ist seit 1992 Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes und Experte für den Nahen und Mittleren Osten. „Durch zahlreiche Reisen zu Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel, Palästina, Türkei, Jordanien und Ägypten wird Clemens Ronnefeldt auf dem Hintergrund persönlicher Erfahrungen eine Einschätzung der aktuellen Situation vornehmen und Zusammenhänge aufweisen“, heißt es in der Einladung. Insbesondere sollen die Möglichkeit eines Friedensplans, die Rolle Europas und die Zusammenhänge zwischen Konflikten, Flucht und Migration thematisiert werden. „Syrien und die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten“, Informationsveranstaltung mit Clemens Ronnefeldt, Montag 26. November 18.30 Uhr, ErwuesseBildung, Centre Convict (Eingang G), 5, avenue Marie-Thérèse, Luxemburg-Stadt.

## Emploi : Vieillissant, masculin et frontalier

(fb) – Une étude du Liser récemment rendue publique analyse l'évolution de l'emploi salarié au cours d'un quart de siècle ainsi que les interactions entre les trois acteurs représentatifs du marché de l'emploi (résidents luxembourgeois et étrangers, frontaliers) que cette situation a générée au fil du temps. Premier constat : la composition fluctuante de l'emploi salarié. Même si le pourcentage de femmes augmente, celui des hommes reste prédominant, avec 149 hommes pour 100 femmes en 2018. Le nombre de jeunes travailleurs-euses a fortement chuté. La part des résident-e-s étrangers-ères est restée quasiment stable en 24 ans. Par contre, le pourcentage de frontaliers-ères n'a cessé de croître, mais serait en train de se stabiliser (46 % en 2018 contre 26 % en 1994). Entre 1994 et 2003, le nombre de frontaliers-ères a plus que doublé, puis entre 2003 et 2007 a progressé de 26 %, pour n'augmenter que de 8 % entre 2007 et 2008. Le Luxembourg reste néanmoins confronté à un vieillissement de sa population active, malgré la main-d'œuvre frontalière et étrangère.

online

## Klima, Brexit und Feminismus

**Klimapolitik: Opposition engagiert, Regierung abwesend** – Im Rahmen des Klimadag wurde über politische Maßnahmen in Luxemburg diskutiert. Obwohl die künftigen Regierungsparteien die Veranstaltung boykottierten, fehlte es nicht an interessanten Vorschlägen. <http://woxx.eu/klima>

**Keine Angst vor Airbnb?** – In den Antworten auf zwei parlamentarische Anfragen sieht Wirtschaftsminister Étienne Schneider in Airbnb keine Gefahr für die luxemburgische Tourismusbranche. Die Realität auf dem Wohnungsmarkt ließ er dabei außer Acht. <http://woxx.eu/airbnb>

**Brexit-Hearing: Was auf Luxemburg zukommt** – Außen- und Europaminister Jean Asselborn (LSAP) stellte sich Dienstagvormittag im Rahmen eines Hearings in der Chamber den Fragen der bereits vereidigten Abgeordneten zum Brexit. Dabei ging es vor allem um Bürgerrechtsfragen, die Handhabung von EU-Reglungen, den Finanzplatz – und den Plan B der luxemburgischen Regierung. <http://woxx.eu/brexit>

**Gewalt gegen Frauen im Fokus** – Unter dem Motto „Lët'z Say No to Violence against Women“ finden noch bis zum 9. Dezember zahlreiche Veranstaltungen statt, um für die Problematik zu sensibilisieren. Die woxx gibt einen kleinen Überblick. <http://woxx.eu/gewalt>